



# **Verschärfungen bei Krankenständen: Wie ArbeitnehmerInnen unter Druck gesetzt werden**

Pressekonferenz  
SPÖ-Parlamentsklub

SPÖ-Vorsitzende, Klubobfrau **Pamela Rendi-Wagner**  
FSG-Vorsitzender und SPÖ-Abgeordneter **Rainer Wimmer**

13. Dezember 2019

# ***Verschärfungen bei Krankenständen: Wie ArbeitnehmerInnen unter Druck gesetzt werden***

Die türkis-blaue Regierung hat das österreichische Gesundheitssystem massiv umstrukturiert und aus neun Gebietskrankenkassen eine „Österreichische Gesundheitskasse“ gemacht. In der ÖGK haben sich die Mehrheiten zugunsten der Arbeitgeber verschoben, damit die Wirtschaftsvertreter die Krankenversicherung der Beschäftigten steuern können. Die SPÖ hat bei dieser Zerschlagung der Sozialversicherung immer vor den negativen Folgen für die ArbeitnehmerInnen gewarnt.

Die Zusammenlegung der Kassen und die Schwächung der ArbeitnehmerInnenseite bedeuten Verschlechterungen für die Versicherten – das soll jetzt eintreten wie in einem aktuell bekannt gewordenen Forderungspapier der WKÖ nachzulesen ist!

In diesem Forderungspapier der Wirtschaft finden sich massive Verschärfungen bei Krankenständen der ArbeitnehmerInnen:

- Verpflichtende Bekanntgabe der Ursache und der Dauer einer Krankmeldung.
- Dienstgeber sollen verpflichtende Krankenstandskontrollen bei der ÖGK „bestellen“ können.
- Dienstgeber sollen Informationen über die bewilligten Ausgehzeiten (im Fall von „Nicht-Bettlägerigkeit“) kranker Menschen bekommen – offenbar, um die DienstnehmerInnen überwachen zu können.
- Bei von der ÖGK zu bewilligenden Auslandsaufenthalten (diese werden in der Regel bei psychischen Erkrankungen genehmigt) im – oft längeren – Krankenstand soll der Dienstgeber künftig informiert und eingebunden werden müssen.

## **Kritik der SPÖ:**

Krankheitsdaten sind höchstpersönliche Daten und auch dementsprechend vertraulich zu behandeln. Deshalb dürfen Dienstgeber die „Ursache“ einer Erkrankung nicht erfahren. Eine Meldung dieser Daten widerspräche dem Datenschutz und findet auch keine rechtliche Deckung.

Absolut abzulehnen ist auch eine Zwangsüberprüfung der ArbeitnehmerInnen auf Aufforderung des Dienstgebers. Wer kontrolliert wird, entscheiden nicht Dienstgeber, sondern die Krankenversicherung anhand von objektiven Kriterien.

Hier kommt eine Haltung des Generalverdachts und des Misstrauens gegenüber ArbeitnehmerInnen zum Ausdruck, die schärfstens abzulehnen ist!

Diese Verschärfungen könnten bereits am nächsten Dienstag im Überleitungsausschuss für die mit 1. Jänner aus den neun Gebietskrankenkassen entstehende Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) beschlossen werden. Nicht umsonst wollten die Arbeitgeber im Zuge der Zerstörung der Kassenstrukturen eine Machtverschiebung weg von der ArbeitnehmerInnen- hin zur ArbeitgeberInnenvertretung – und zwar auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten.

### Es drohen weitere Verschärfungen – WKÖ-Studie zeigt die Ziele:

Aufschluss gibt eine Studie des Schweizer Beratungsunternehmens c-alm AG, die im Auftrag der WKÖ detaillierte Vorschläge zur Reform der Sozialversicherung erstellt hat.

**Dieser Wunsch-Katalog an Verschlechterungen für die PatientInnen wurde bereits teilweise von der gescheiterten türkis-blauen Regierung umgesetzt:**

	WKÖ- Forderung 2017 / c-alm-Studie	Sozialversicherungs-Organisationsgesetz (SVOG 2018)
Zusammensetzung der Gremien	Mehr Wirtschaftsvertreter in der Sozialversicherung	✓
Anzahl der Träger	5-Träger-Modell: Krankenversicherung, Unfallversicherung, Pensionsversicherung, Sondersystem für Beamte und Selbständige	✓
Beitragsprüfung	Übertragung an die Finanz	✓
Eigene medizinische Einrichtungen der Sozialversicherung	WKÖ will Privatisierung oder Übergabe an private Betreiber	Durch SVOG (Sozialversicherungs-Organisationsgesetz) ermöglicht
Selbstbehalte	Einführung allgemeiner Selbstbehalte	Durch SVOG ermöglicht. Das entscheidet künftig der Dachverband, in dem Arbeitgeber eine 6 zu 4- Mehrheit haben!

**Vertreter der Wirtschaft haben seit längerem Forderungen gestellt,  
weitere Verschärfungen sind zu befürchten:**

Weitere WKÖ-Forderungen	Quelle
Die ersten zwei Krankenstandstage ohne Bezahlung	Kärntner WK-Präsident Jürgen Mandl, 13.6.2017, Kleine Zeitung
Krank arbeiten gehen bzw. Teilkrankenstand	Ehem. Generalsekretär Österreichischer Wirtschaftsbund, ÖVP-NR Peter Haubner, 25.10.2012, OTS
Verpflichtende Freizeitunfallversicherung (KV leistet nicht mehr)	Tiroler WK-Präsident Jürgen Bodenseer, 14.8.2018, wirtschaft.tirol
Kuraufenthalt soll von Urlaubsanspruch abgezogen werden	Tiroler WK-Präsident Jürgen Bodenseer, 26.1.2016, meinbezirk.at
Höhe des Krankengeldes soll gesenkt werden	Tiroler WK-Präsident Jürgen Bodenseer, 26.1.2016, meinbezirk.at